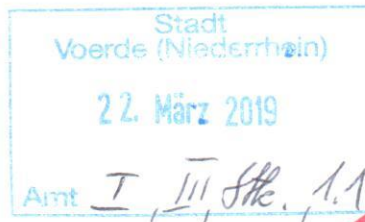




SPD - Fraktion Stadt Voerde



Voerde, 22.03.2019
Fraktionsvorsitzender:
Uwe Goemann
Holthausener Str. 24
46562 Voerde
Tel.: 02855/961796
Handy: 0174/9621083

Stadt Voerde
Bürgermeister
Dirk Haarmann
Rathausplatz 20
46562 Voerde

Resolution Straßenbaubeiträge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Haarmann,

die SPD Fraktion im Rat der Stadt Voerde beantragt zur nächsten Ratssitzung die Aufnahme des Punktes „Resolution zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen“ auf die Tagesordnung.

Der Bund der Steuerzahler hat in Nordrhein-Westfalen eine Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge gestartet. An dieser Initiative hat sich, unter anderem, die SPD in Voerde beteiligt. Bei Infoständen und Bürgergesprächen konnten wir mit vielen Einwohnern unserer Stadt sprechen und uns ein Meinungsbild der Bevölkerung machen.

In der SPD haben wir den Eindruck gewonnen, dass die Menschen in Voerde für eine Abschaffung der Strassenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) sind. Neben anderen Organisationen und Privatpersonen haben wir über 300 Unterschriften zur Unterstützung der Volksinitiative gesammelt und an den Initiator (Bund der Steuerzahler) übergeben.

Wenn das Straßennetz erneuert, erweitert oder verbessert wird, werden die Grundstückseigentümer mit teils erheblichen Kosten beteiligt. Diese Beiträge belasten die Hausbesitzer und in letzter Konsequenz auch die Mieter unverhältnismäßig und in Teilen auch existenzbedrohend.

Das wird von den Bürgern unserer Stadt als ungerecht empfunden. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass andere Bundesländer (z.B. Bayern) die Anlieger für den wiedermaligen Ausbau bzw. die Modernisierung der Straßen nicht an den Kosten beteiligt. Gerade am Beispiel des Straßenzuges „Alte Hünxer Straße / Hugo Müller Straße“ in Friedrichsfeld wird deutlich, die Straße wird von allen genutzt und die Sanierung soll nun von wenigen bezahlt werden.

Der Idee, dass die Beitragsbeteiligung in das Ermessen der jeweiligen Kommune zu stellen wäre, ist abwegig. Bekanntermaßen ist die Haushaltssituation vieler Kommunen so sehr angespannt, dass die Kommune die Kosten gar nicht übernehmen dürften. Das wäre dann auch in Voerde der Fall. Die Konsequenz wäre, dass auf kommunaler Ebene zu entscheiden wäre, den Bürger weiter mit ungerechten Kosten zu belasten oder die Straßen-, Entwässerungs-, Rad- und Fußweg Infrastruktur zu vernachlässigen und schließlich vergammeln zu lassen.

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Verkehrswende und des Klimaschutzes ist das bisherige Regelungswerk veraltet.

Handwritten signature and date: 22.03.19

Die SPD Fraktion hält die bislang geltenden Regelungen zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen für nicht mehr zeitgemäß und sachgerecht.

Wir beantragen daher folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung vorzulegen:

Der Rat der Stadt Voerde beschließt die folgende Resolution der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zu überreichen:

Der §8 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen wird dahingehend geändert, dass die Rechtsgrundlage für Straßenbaubeiträge abgeschafft wird und die Kommunen somit keine Ausbaubeiträge mehr von Anliegern erheben. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sind durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen zu kompensieren.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Goemann
Fraktionsvorsitzender